

23.08.2004

Interview Inforadio RBB zu Afghanistan

Reise durch ein unfriedliches Land

"Es sieht nicht so aus, als ob die Wahlen gefährdet werden"

Kerstin Müller war unterwegs in Afghanistan. Sie hat sich angeschaut, was so genannte NGOs dort leisten. Also Nicht-Regierungs-Organisationen, die an vielen Stellen mit Wiederaufbauhilfe befasst sind. Dabei ging es vor allem um eine Frage: Wie verändert sich die Rolle der Frauen im Land? Schaffen sie es, in der traditionell von Männern beherrschten Gesellschaft ihre Rechte durchzusetzen?

Welche Projekte haben Sie sich angeschaut?

Ich habe mit Frauenorganisationen gesprochen in Kabul und auch in Kundus. Ich habe mir in Kundus ein Frauenzentrum angeschaut. Ich habe mir die Polizeiakademie in Kabul angeschaut, wo wir auch Polizistinnen ausbilden. Denn die Unterdrückung der Frauen unter dem Taliban-Regime war immerhin auch einer der Gründe, weshalb die internationale Gemeinschaft eingeschritten ist. Ich wollte mich informieren, wie ist es, wie es steht es jetzt zwei Jahre nach dem Fall des Taliban-Regimes damit?

Wie sind denn Ihre Eindrücke? Hat sich tatsächlich schon spürbar, sichtbar, etwas verändert?

Im Verhältnis zu von vor zwei Jahren Taliban-Herrschaft muss man mit Sicherheit sagen, hat sich für die Frauen einiges verändert. Die Frauen und Mädchen sagen selber, es ist für sie ein großer Fortschritt, dass sie sich selbst organisieren können, dass sie für ihre Rechte jetzt öffentlich eintreten können. Das war seinerzeit undenkbar. Sie wollen zur Schule gehen. Sie organisieren sich selbst, machen Schulungskurse, machen Computerkurse, bereiten Frauen auch die Wahlen vor. Was sind eigentlich Wahlen? Wieso ist es wichtig, dass sich hier auch Frauen einbringen? Das alles findet jetzt statt. Und das muss man glaube ich ganz klar sagen, ist ein großer Fortschritt bei allen Defiziten, bei allem, mit was die Frauen noch zu kämpfen haben. Sie sagen ja selbst auch, vor allen die afghanischen Traditionen, das wird sicherlich lange dauern. Zum Beispiel die Zwangsverheiratung, die überall im Lande noch stattfindet. Es ist ganz schwierig für die Mädchen, sich hiergegen zu wehren. Aber die Frauen fordern, wir wollen Polizistinnen, wir wollen Richter, wir wollen Rechtsanwälte, damit wir hier unsere Rechte durchsetzen können und uns gegen so etwas auch wehren können. Das ist dann der Schritt nach vorne, der gemacht wurde.

Ist das eine Position von besonders fortschrittlichen Frauen, von solchen, die an der Spitze der Bewegung sind? Oder ist das schon allgemeiner Trend, dass die Frauen in Ihrer Mehrheit solche Positionen beziehen?

Die Frauen in ihrer Mehrheit glaube ich vertreten das noch nicht so öffentlich. Sondern das ist zunächst einmal natürlich ein Teil der Frauen. Man muss auch sehen, nach 23 Jahren Bürgerkrieg fehlt auch ganz einfach eine ganze Generation von Frauen, die nicht zur Schule gehen durften, die nicht ausgebildet wurden, die keine Berufe ausüben durften. Viele bringen sich aber jetzt auch wieder ein. Das ist ein Fortschritt. Sie sagen, wir wollen zur Lehrerin ausgebildet werden. Wir brauchen Lehrerinnen. Die Mädchen gehen wieder zur Schule. Es gibt eine relative hohe Einschulungsquote auch von Mädchen. Registrierung bei den Wahlen, Sinn für den Wahlprozess, nennen 42 Prozent der Frauen, die sich registrieren haben lassen. Das ist eine enorm hohe Zahl. Und das übersteigt alle Erwartungen, die wir

Seiten der internationalen Gemeinschaft hatten.

Frau Müller, Sie haben schon mehrfach angesprochen, es wird gewählt in Afghanistan. Am 9. Oktober soll ein neuer Präsident gewählt werden. Außerhalb Kabuls ist die Lage in vielen Teilen des Landes immer noch sehr instabil. Sie selbst konnten nicht nach Herat reisen - das war ursprünglich so vorgesehen - weil gerade dort die Gefahren ganz besonders groß sind. Was ist Ihr Eindruck? Ist das Land auch in den weiten Gebieten so weit vorbereitet, dass dort demokratische, faire, gerechte Wahlen stattfinden können?

Die UN, die für den Wahlprozess verantwortlich sind, sagen ja, nennen auch diese hohe Registrierungszahl von über 90 Prozent. Man muss sicherlich sehen, man kann hier glaube ich nach zwei Jahren nicht einfach europäische Standards ansetzen. Es finden natürlich Mehrfachregistrierungen statt. Es wird mit Sicherheit auch im Land so sein, dass dort Stimmen gekauft wurden. Es gibt auch Regionen, etwa im Süden, wo die Registrierung sehr schleppend verlaufen ist. In Kundus, also im Nordosten des Landes, gibt es eine sehr hohe Registrierung. Die Sicherheitslage ist angespannter. Aber auch nicht so, wie wir erwartet haben. Das heißt, es gibt islamistische Kräfte, die diesen Weg der Demokratisierung verhindert wollen. Aber es sieht nicht so aus, als ob die die Wahlen gefährden werden.